

Erscheint wöchentlich einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6 gespaltene Vorgabe 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreisklasse.
Redaktion und Expedition:
Ulm a. D., Donau
Reithardtstraße 14.
Telefon 1442.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)
Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an F. Barnholt, Ulm a. D., Reithardtstr. 14, Telefon 1442. — Geldsendungen an W. Blette, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23.

Nummer 5/6.

Ulm a. Donau, den 8. Februar 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Die Durchführung der Tarif-Vereinbarung. — Unverantwortliche Streiks. — Die Entwicklung der Genossenschaften. — Ehrenkassell. — Die Eigenschaften des Holzes. — Wochenjourn. — Rundschau: Die erste Zentralratsitzung. — Die Leistungen der Landesversicherungsanstalten. — Entschädigung für Feuerschäden. — In das Reichswirtschaftsamt. — Fabrikinspektor Dr. Wittmann. — Anträge auf innere Reformen. — Vollziehung des Deutschen Industrievertrages. — Hochkonjunktur. — Adressenbeschaffung für die Demobilisierung im Baugewerbe. — Aus den Ortsvereinen. — Patentschau. — Literaturisches. — Anzeigen.

Will sich von diesen Arbeitgebern noch ein unorganisierter Kollege beschämen lassen?
Um wie vieles könnte die Gewerkschaftsbewegung mächtiger sein, wenn sich alle die der Organisation Fernstehenden an ihre Pflichten erinnerten.
Und ahnen jene absetzenden, opferscheuen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht, daß nach dem Kriege die Gewerkschaftsbewegung auf Grund der dann eintretenden schwankenden Beschäftigungslage vor große, heute noch gar nicht zu übersehende Aufgaben gestellt werden kann?
Viele mögen vielleicht die Absicht haben, erst dann, wenn nach Beendigung des Krieges die Arbeitsbedingungen die ungünstigsten seien, der Organisation beizutreten.
Die so kalkulieren, sind schlechte Rechner. Will und soll die Gewerkschaftsbewegung der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus dem späteren, langamer Erholung bedürftigen Wirtschaftsleben ergeben, Herr werden, so bedarf diese schon heute der materiellen und ideellen Unterstützung aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Nur dann können die einzelnen Berufsorganisationen ihren großen Aufgabenkreis erfüllen und — was die Hauptsache ist — ihre Berufsangehörigen vor aller sich aus der Ungunst der Arbeitslage erwachsenden Unbill und des zu erwartenden Lohndrucks schützen. Und diejenigen, die gewissermaßen zu den absichtlich parasitären Genießern der organisatorischen Früchte gehören, mögen sich gesagt sein lassen, daß ihr Beginnen ebenso verwerflich wie verabscheuungswürdig ist. Wer in Ruhe und Gemächlichkeit Früchte genießt, die er anstatt seiner eigenen fremder Anstrengung verdankt, führt ein würdeloses Leben.
Wer die Früchte seiner organisierten, auf die ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen drängenden Berufskollegen erntet und bisher noch nichts zu ihrer Unterstützung getan hat, der kommt daher dieser Pflicht nach.

lungen auf das schärfste, warnt die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften und alle auf freiwillig nationalem Boden stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen eintreffend, sich an ihnen zu beteiligen u. erwartet von ihnen, daß sie alle Aufforderungen, die Arbeit niederzulegen, entschieden ablehnen; sowohl im vaterländischen wie im wohlverstandenen eigenen Interesse."

Während unsererzeit also rechtzeitig alles geschah, um das Unheil zu verhüten, blieben doch die deutschen Volksgenossen an ihrer Heikarbeit und ließen nichts unerprobt, um den Streik herbeizuführen. So rollte die Lawine und der Unfug brach los. Wenn es auch nicht so ging, wie es die Instifter wollten, die Schäden der Arbeiterinteressen sind groß genug. Der politische Massentreib setzte ein. Die entfachte Erregung löste das Ventil der öffentlichen Ordnung, es kam zu bedauerlichen, teilweise blutigen Zusammenstößen mit den Hüttern des Gesetzes. Gewiß mag manch jugendlicher Reizsinn und Unverstand dabei die Ursache gewesen sein. Andererseits wird es unter den Streikenden viele gegeben haben, die mehr dem Zwang gehorchend als dem eigenen Triebe sich dieser Bewegung anschlossen, teils anschliefen mußten, weil sie die Tore der Fabrik geschlossen fanden. Von diesen Ausnahmen vielleicht abgesehen, haben unsere Mitglieder den Rat und die Warnung des Zentralrates befolgt.

Auch die Leitung der christlichen Gewerkschaften, sowie die polnische Berufsvereinigung kennzeichnete in einem Aufzuge dieses gemeingefährliche Treiben, dieses Verbrechen an der Erfüllung unserer vaterländischen Pflicht. Die Generalkommission der freien Gewerkschaften dagegen erklärte leider sich neutral verhalten zu wollen. Aber mit Recht sagt ein stellv. Generalkommando in einem Merkblatt an die Arbeiter:

„Jede Arbeitseinstellung, jeder Streik verlängert den Krieg, denn er schwächt unsere Verteidigung und gibt dem Feinde neue Zuversicht. Jeder Streik verursacht einen Ausfall an Verteidigungsmitteln und muß daher mit deutschem Blute bezahlt werden. Wer jetzt streikt, der opfert das Leben seiner Kameraden seinen eigenen selbsttätigen Zwecken, der vergrößert die Verlustliste, vermehrt die Zahl der Toten, Witwen und Waisen, nimmt so und so vielen Familien ihren Ernährer, erhöht das Kriegselend. Der Rüstungsarbeiter, der unseren Beschützern die Waffen verweigert zu einer Zeit, wo von allen Seiten Feinde darnach trachten, Raub und Verwüstung in unser Land zu tragen, begeht aber nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine maßlose Torheit. Wer die Arbeit einstellt und dadurch unsern Sieg gefährdet, der fördert die englische Absicht, den deutschen Arbeiter zu vernichten. Daher, haltet Euch die vom Leibe, die Euch zu Streiks aufreizen wollen. Sie bejagen die Geschäfte des Feindes, sie sind feindlichen Agenten gleichguadren. Durch Streiks wird nicht der Friede gefördert, sondern Niederlage und Untergang. Denkt immer daran, daß England seine Arbeiterschaft nur dadurch für diesen Krieg gewonnen hat, daß es seinen Arbeitern sagte: Du wirst um den Lohn reicher sein, der dem deutschen Arbeiter genommen wird.“

Diesen Mahnungen stimmen wir vollinhaltlich zu. Weniger die Forderungen der Streikenden selbst sind es, gegen die wir uns wenden, sondern die Mittel in diesen ersten Kriegsjahren, die man anwendet. Den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft an die Unternehmer können wir heute auf anderen Wegen Geltung verschaffen. Die Schlichtungsinstanzen des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes und der Druck der öffentlichen Meinung und der Behörden oder staatlichen Aufraggeber müssen uns helfen, berechnete Arbeiterforderungen zu erfüllen. Ja, wir erwarten mit Bestimmtheit, daß sie jeden Arbeitgeber zwingen, daß sie die Vereinbarungen anerkennen, die für das Gewerbe zwischen Arbeitgeberorganisationen und Arbeitnehmerverbänden zustande gekommen sind. Unternehmern die es ablehnen, die Organisationen der Arbeiter als verhandlungsfähige und berechnete Faktoren anzuerkennen, müssen dazu angehalten werden. Die Scharfmacher von oben sind nicht weniger gefährlich als die Scharfmacher von unten. Die Regierung aber wird einsehen, wie verfehlt es wäre, jemals wieder die guten Einrichtungen zu beseitigen, die das Hilfsdienstgesetz geschaffen. Uns sind die Gründe mancher Erbitterung nicht unbekannt. Die Gewaltpolitiker in der Vaterlandspartei haben viel Wind zu diesem Sturm der Empörung gesammelt. Die Reaktion hofft, wieder für sich Vorteile aus dem überspannten Radikalismus zu ziehen. Reaktion und Radikalismus haben sich gegenseitig immer genährt und am Leben gehalten. Zwischen beiden bestand immer eine Versicherung auf Gegenseitigkeit, bei der leider das deutsche Volk und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft die Prämie zu zahlen hatte, auf Kosten ihrer Lebensinteressen, des sozialpolitischen Fortschritts. Möge die rechtsstehende Sozialdemokratie den Weg der Vernunft nicht verlieren. Die syndikalistischen und sozial-

Die Durchführung der Tarif-Vereinbarung.

In Rücksicht auf die Vereinbarung im Holzgewerbe vom 27. Nov. 1917 zwischen dem Arbeitgeberverband für das Deutsche Holzgewerbe und den Holzarbeiter-Organisationen machen wir besonders auf den § 2 und § 3 dieses Vertrages aufmerksam, der lautet:

„Alle Lohn- und Vordarbeiter erhalten auf die bestehenden Löhne eine weitere Teuerungszulage von 10 Pfg. pro Stunde, und zwar 5 Pfg. vom 15. Februar 1918 und 5 Pfg. vom 1. April 1918 an.“

Alle Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten vom 15. Februar 1918 an eine Zulage von 5 Pfg. pro Stunde.“

Kollegen und Kolleginnen achtet auf die strikte Durchführung dieser Bestimmung. Die Unorganisierten aber mögen nochmals sich nachfolgende Unternehmerurteile über Unorganisierte merken. Sie sind zwar in ihre Kollegen gerichtet, doch von jedem nichtorganisierten Arbeiter zu beherzigen. Diese Arbeitgeber schreiben:

Für mich sind Anschauungen, als könnte man heute noch ganz gut ohne Verband existieren, kindisch. Ich kann solche, die derartigen Anschauungen huldigen, nicht als erziehbare erachtet und als ernste, den Zeitgeist beobachtende Männer anerkennen. Es sind zumal Egoisten, die andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lassen und die Frucht ernten wollen, die andere gesät. Verabschönungswürdige Naturen, für die der eiserne Besen zum Wegfegen von der Bildfläche wohl das Beste wäre! Die Verbandsleitung möge einmal ernstlich erwägen, wie den Fahnenflüchtigen und den Luhensternern, die nichts als Egoisten sind und nur aus egoistischen Gründen den Verband meiden, beizukommen ist, und wie diesen der Genuß der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — mitunter unter großen Opfern der letzteren — erungen, entzogen werden kann. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und keiner hat das Recht, an unseren Erregungswaffen teilzuhaben, der nicht in unseren Reihen steht. Eine große, dankbare Aufgabe unserer Verbandsleitung ist es deshalb, Mittel und Wege zu suchen, die alle von den Vorteilen ausschließen, die nicht in unserem Verbands sind. Ist dieser bedeutungsvolle Schritt gelungen, und er muß gelingen, so werden auch die die paar Mark Verbandsbeitrag bezahlten, die sich heute davon zu drücken suchen.

Diese Jammergestalten, die keine Kollegialität kennen, und die Gebote der Solidarität mit Füßen treten, beklagen sich über Mangel an Kollegialität, sie lehnen das Zusammenwirken mit den Berufsgenossen zu der Erziehung eines Tarifs rundweg ab. Merkwürdige Leute, diese Schmarogherpflanzen, die die Früchte genießen wollen, ohne daß sie den Baum gepflanzt haben, die sich an den Tisch setzen, dem andere gedeckt haben, die die Kastanien verzehren, die ihre organisierten Kollegen aus dem Feuer geholt haben. In dem harten, opferreichen Kampfe, den die Organisierten zu führen haben, haben sie die Parole: „Wer nicht mit uns ist, ist wider uns!“ auf ihre Fahne geschrieben, und nach diesem Grundsatz behandeln sie auch die Unorganisierten. Wer Solidarität fordert, muß Solidarität üben, wer Kollegialität in Anspruch nimmt, der muß selbst sein Tun und Lassen nach den Geboten der Kollegialität einrichten. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es eine Lebensfrage für jede Organisation, möglichst alle Berufsgenossen in sich zu vereinigen, da nur eine starke, lückenlose Organisation die Gewähr des Erfolges bietet; aus moralischen Gründen ist es eine Pflicht für jeden, durch seinen Beitritt zur Organisation dafür zu sorgen, daß die Organisation lückenlos bleibt. Hieraus ergibt sich die Stellung der Organisierten zu ihren unorganisierten Kollegen ganz von selbst. Sollten wir etwa auf die Unkollegialität, auf das Schmarogherum eine Prämie setzen? Das wäre ein ganz unbilliges Verlangen und ein Lohn auf die soziale Moral.

Alle Zuschriften
für Redaktion und Expedition
sind von jetzt ab wieder zu richten an
F. Barnholt, Ulm a. D.,
Reithardtstraße 14. — Telefon 1442.

Unverantwortliche Streiks.

Vor kurzem kam die Kunde aus Oesterreich-Ungarn von umfangreichen Arbeitseinstellungen, die einen politischen Hintergrund hatten. Kaum legten sich dort die Wogen der Erregung und des Unverstandes, als sie in einigen Orten und Betrieben in Deutschland von neuem hochgingen. Ja, wie aus einem in Berlin verteilten Flugblatte hervorgeht, beabsichtigten radikale Kreise mit ihrer politischen Massenstreikspropaganda die Flammen in der Doppelmonarchie zu neuem, mächtigen Brande zu entfachen. Man horchte im Lande auf, als durch die Verhandlungen im Hauptauschuß des Reichstages dieses Treiben von unverantwortlichen Leuten weiteren Kreisen bekannt wurde und der Abg. Naumann folgende Erklärung des Zentralrats der Deutschen Gewerkschaften zur Verlesung brachte:

„Durch die Mitteilungen aus den Kreisen der Mitglieder und durch zum Teil anonyme Flugblätter ist dem Zentralrat zur Kenntnis gelangt, daß von unverantwortlicher Seite versucht wird, die Arbeiter allgemein zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Wie aus den vorliegenden Flugblättern mit aller Deutlichkeit hervorgeht, handelt es sich dabei um eine Demonstration zur Erreichung politischer Ziele. Dabei wird die durch die Lebensmittelnappheit hervorgerufene Erregung benützt, um die Arbeiter zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Der Zentralrat hält nach wie vor eine schleunige Abstellung der auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung bestehenden Mißstände für dringend notwendig. Insbesondere muß dafür gesorgt werden, daß die vorhandenen Vorräte vollständig erfasst und in gerechter und gleichmäßiger Weise verteilt werden, und daß nach keiner Richtung hin eine Bevorzugung erfolgt. Eine allgemeine Streikbewegung würde aber nach Ansicht des Zentralrats nur eine Vermehrung der Schwierigkeiten zur Folge haben. Es besteht augenblicklich die Gefahr, daß dadurch die freiwillige Entwicklung im Innern wie insbesondere die Reform des preussischen Wahlrechts eher erschwert als erleichtert werden wird. Der Zentralrat verurteilt deshalb jene das Volkswohl schädigenden Bestre-

Herrnhaus vorliegt, spricht die Begründung zu dem preußischen Gesetzentwurf offen aus, das Herrenhaus bedürfe des Aufbaues auf die Stände und Berufe, in die das Volk sich im öffentlichen Leben hauptsächlich gliedere. Das sind heute nicht mehr ehemalige reichstädtische und ritterschaftliche Familien, sondern das sind die großen Erwerbsstände der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks, der Angestellten, der Arbeiter, der freien Berufe, die Männer der Wissenschaft, die Leiter der Selbstverwaltungskörper usw. Sie alle sind bei der Zusammensetzung der Württembergischen Ersten Kammer zum Teil gar nicht, zum Teil nur in völlig ungenügender Zahl und auch nicht in der richtigen Art ihrer Berufung berücksichtigt. Es muß daher ein Stütz der Neuordnung unserer inneren Verhältnisse auch in Württemberg darstellen, da Regierung und Landtag unter Anhörung und Zuziehung der Organisationen der genannten Erwerbsstände alsbald eine Neugestaltung der Württembergischen Ersten Kammer in die Wege leiten, die mindestens auf der Grundlage des preußischen Entwurfes — aber unter Heranziehung der Angestellten und Arbeiter sowie der freien Berufe — allen Erwerbsständen, ferner den Selbstverwaltungskörpern u. der Wissenschaft eine Vertretung sichert, wie sie der überragenden Bedeutung dieser Kreise für unser wirtschaftliches und kulturelles Leben entspricht.

Auch in Baden wurden ähnliche Anträge eingebracht. Ferner hat die fortschrittliche Volkspartei in der Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses eine Resolution beantragt, wonach die Staatsregierung im Bundesrat auf das schleunigste Zustandekommen eines Reichsarbeitskammer-Gesetzes hinwirken soll, damit die auf Grund dieses Gesetzes in Preußen errichteten Arbeitskammern das Recht erhalten, eine der Bedeutung der Arbeiterschaft entsprechende Anzahl von Vertretern in das Herrenhaus zu berufen.

Wir gehören zu denen, die dieses Zweikammersystem nicht für notwendig halten. Solange aber die Abschaffung sich nicht durchsetzen läßt, muß man nur wünschen, daß diese Reformbestrebungen Erfolg haben. Wir haben ein Recht auf diese Vertretungen und dürfen uns nicht auf die Gnade der Verfügung verlassen.

Vollziehung des „Deutschen Industriergesetzes“.

Mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden gesetzgeberischen Maßnahmen für die Wiederaufnahme der Friedensarbeit wird der am 25. Oktober 1916 dem Zentralverbande Deutscher Industrieller, dem Bunde der Industriellen und dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands gegründete „Deutscher Industrierrat“ am Sonnabend, den 16. Februar ds. Js. seine erste Vollziehung abhalten und hiermit seine den Gesamtinteressen der deutschen Industrie gewidmete Tätigkeit aufnehmen. Der „Deutsche Industrierrat“, der in Fortführung der kriegswirtschaftlichen Tätigkeit des Kriegsaussschusses der deutschen Industrie zur gemeinschaftlichen Friedensarbeit berufen ist, besteht aus 64 führenden Persönlichkeiten der sachlich organisierten deutschen Industrie. Neben den Referaten über die Ubergangswirtschaft, Steuerpolitik, und die industrielle Interessenvertretung wird in erster Linie die Bildung und Zusammensetzung eines „Preußischen Industrierausschusses“ als Präsentationskörper für die Wahl zum Herrenhaus in Gemäßheit des § 11 des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses zur Beschlußfassung stehen.

Highkonjunktur.

Ein Teil unserer Industrie nützt auch weiterhin den Krieg in klingendes Dividendengold für seine Aktionäre aus, während die Verbraucher der meisten dieser Artikel die andauernd steigenden Preise immer schwerer aufbringen müssen. Man lese folgende Dividenden-Rekordsätze: Wanderer-Maschinenwerke Chemnitz 25 Proz., Dreyfus-Fahrrad-Werke Neumarkt (Oberpfalz) 12 Proz., Optische Anstalt Goetz-Berlin 20 Proz., Werkzeugfabrik Stos u. Co., Berlin 25 Proz., Pumpenfabrik Alweiler-Radolzhell 15 Proz., Motorwerke Horsch-Zwickau 15 Proz., Kammgarnspinnerei Wernshausen 22 Proz., Osnabrücker Brotfabrik 12 Proz., Thüringer Nahrungsmittel A.-G. 20 Proz., Konferenzfabrik Braun A.-G. 14 Proz., Großschlächtereier Lüdenhoff Duisburg 12 Proz. Das Schlimmste ist, daß die Nahrungsmittel-Aktiengesellschaften bis zu 20 Prozent herauswirft, während die Lebensmittelpreise unaufhaltend in die Höhe gehen.

Adressenbeschaffung für die Demobilisierung im Baugewerbe.

D. W. A. Für die alsbaldige Wiederaufnahme der Bautätigkeit nach dem Krieg ist die rechtzeitige Entlassung der Kräfte des Baugewerbes von großer Wichtigkeit. Hierfür kommen natürlich in erster Linie die Maßnahmen der Demobilisierungsbefehle in Betracht, aber auch das Baugewerbe und die Bau-materialindustrien ihrerseits können an der Durchführung der rechtzeitigen Entlassung ihrer Arbeiter und Angestellten wirksam mitarbeiten. Hierzu bedarf es vor allem der genauen militärischen Adressen der einzelnen gewünschten Leute, um diese zeitig bei der zuständigen Kriegsamtsstellen anfordern zu können. Die eben genannten Unternehmungen werden daher gut tun, sich diese Adressen jetzt schon einwandfrei und vollständig zu beschaffen.

♦ ♦ ♦ Aus den Ortsvereinen. ♦ ♦ ♦

Berlin. Auf Einladung des geschäftsführenden Ausschusses tagte am 15. Januar im Verbandsbause eine Konferenz der in der Umgebung von Berlin liegenden Ortsverbände, zu der auch die Ortsvereine Groß-Berlins eingeladen waren. 86 Vertreter hatten sich zu der Konferenz eingefunden, deren Vorsitz dem Kollegen Jordan übertragen wurde. Das einleitende Referat hielt der Verbandsvorsitzende Kollege Hartmann, der auf die großen Schwierigkeiten hinwies, die unser Wirtschaftsleben in den ersten Monaten des Krieges zu überwinden hatte. Der ursprünglichen Arbeitslosigkeit folgte bald ein Arbeitermangel. Neudings macht sich wieder ein Abflauen des Beschäftigungsgrades bemerkbar. Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens haben die Organisationen der Arbeiter außerordentlich viel beigetragen. Das ist auch allgemein anerkannt worden, wenn es auch in den Reihen der Arbeiter selbst nicht an Leuten fehlte, die kein Verständnis für die Maßnahmen der Organisationsleitungen besaßen und fahnenflüchtig wurden. Glücklicherweise ist deren Zahl nur gering. Nun gilt es die Vorarbeiten für die Ubergangswirtschaft zu treffen. Auch hier sind die Schwierigkeiten nicht gering. Große Aufgaben werden zu bewältigen sein. Erfolgreicherweise sind ja manche sozialpolitischen Fortschritte errungen worden, wie die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente, die Verbesserung des Reichsvereinsgesetzes, die Zuschüsse für Invaliden- und Unfallrentner. Aber viel mehr muß noch geleistet werden. Von den Forderungen, die der Verbandstag im Jahre 1916 aufgestellt hat, ist nur ein kleiner Teil erfüllt. Daneben gibt es noch mancherlei andere Fragen, die dringend der Lösung harren. Wenn wir Einfluss darauf gewinnen wollen, so müssen wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß wir eine Macht bilden und verstehen, den Einfluss der auf freizeittätigen nationalen Boden stehenden Arbeiter zu stärken. Ausichten dafür sind vorhanden. Sie können aber nur verwirklicht werden, wenn alle Glieder der Organisation tätige Mitarbeiter leisten, insbesondere auch die Ortsverbände. Ihre besonderen Aufgaben bestehen darin, Stellung zu nehmen zu allen wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung, neue Berufe zu gewinnen, die sozialen Wahlen durchzuführen, das Interesse für die Gewerkschaften bei den Arbeiterinnen und Jugendlichen zu wecken usw. Die Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaften macht die Mitarbeit ihrer Führer in den Parlamenten notwendig; deshalb muß auch auf die Stärkung des parlamentarischen Fonds hingewirkt und eine regere Mitarbeit der Gewerkschaftsmitglieder in den politischen Vereinen angestrebt werden. Die politische Unabhängigkeit kann dabei sehr wohl gewahrt werden. Getreu ihren bewährten Grundsätzen müssen die Gewerkschaften alles aufbieten, um im kommenden neuen Deutschland zu größerem Einfluß zu gelangen. Das wird besonders dann geschehen, wenn wir die Zahl unserer Mitglieder erheblich verstärken. Alle Ortsverbände müssen dazu ihre Kräfte einsetzen.

In der auf den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgenden Aussprache beschäftigte man sich im wesentlichen mit der Ausgestaltung der wirksamen Tätigkeit der Ortsverbände. Ein Teil der Redner bejauhrte die Gründung eines Ortsverbandes für Groß-Berlin, um eine bessere Zusammenarbeit und auch eine stärkere Einwirkung auf die Tagespresse herbeizuführen. Andere Redner wiesen dagegen

auf die Tätigkeit der Sozialen Kommission hin, die laut Beschluß des Verbandes vom 1. November in Verbindung mit dem geschäftsführenden Ausschuss für Berlin die allgemeinen Gewerkschaftsaufgaben zu erledigen hat. Wenn ihre Tätigkeit nicht immer so handgreiflich zu erkennen gewesen sei, so liege das daran, daß ihr seitens der Mitglieder und auch einzelner Ortsvereine nicht immer die genügende Interesse entgegengebracht worden sei. Von einigen Rednern wurde auch das offene Bemerknis der Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsbewegung und das kräftige Eintreten für die Ehre und das Ansehen der Organisation seitens aller Mitglieder als ein Mittel zur Förderung der Gewerkschaften hingestellt.

Ein etwas früh eingegangener Schlussantrag machte der anregenden Aussprache ein Ende. Nach einem kräftigen anfeuernden Schlusswort des Referenten konnte der Vorsitzende bei Schluss der Konferenz feststellen, daß die Aussprache zweifellos eine Neubelebung des Organisationsinteresses gezettigt hat. Möge sich diese Hoffnung in reichstem Maße erfüllen.

♦ ♦ ♦ Patentbau. ♦ ♦ ♦
Mitgeteilt vom Patent-Büro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 69. — — — Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

- Kl. 30 c. E. 26 431: Bettstelle, Städtisches Kriegsvorsorgeamt Nürnberg. Angem. am 1. 11. 16.
- Kl. 38 a. S. 72 691: Brennholzsägemaschine, Peter Heldmann, Frankfurt a. M. Angem. am 27. 8. 17.
- Kl. 38 c. W. 40 404: Heiz- und Rührplatte für Journerpressen, Karl Weiß & Cie., Leonberg bei Stuttgart. Angemeldet am 13. 6. 17.
- Kl. 38 b. W. 13 902: Maschine zur massenweisen Herstellung von Ristentellen oder dergl. Georg Vogel, Braunschweig. Angem. am 10. 8. 17.

Literarisches.

Georg Wegener. Der Fall von Eisen und Feuer. Zweiter Teil: Champagne-Verdun-Somme. 160 Seiten mit 32 Abbildungen. Leipzig: F. A. Brockhaus, 1917. Geh. 1.50 Mark.

Das deutsche Buch vom großen Krieg wurde von berufener Seite der erste Teil dieses Werkes genannt. Der soeben erscheinende zweite tritt ihm würdig an die Seite. Er umfaßt die kriegerischen Ereignisse vom Sommer 1915 bis ungefähr Ende 1916. Die Kämpfe in der Champagne im Herbst 1916, unser Angriff auf Verdun und die Schlacht an der Somme im Sommer 1918 bilden die drei gewaltigen Höhepunkte, die sich durch des Verfassers packende Gestaltungskraft und glänzende Schilderungskunst zu einem einheitlichen Kriegsroman zusammenschließen. Jeder Akt dieses erschütternden Dramas ist reich an kühnen Episoden erster und vorzüglicher Art, an farbenprächtigen Bildern aus dem reißenden landwirtschaftlichen Milieu der besetzten Gebiete, an stimmungsvollen Ruhepunkten im Gedanken der Heimat und der nie untergehenden Welt der Kunst und Schönheit und an hinreißendem Pathos, das uns immer wieder mit dankbarer Ehrfurcht vor den Heldentaten unserer Krieger im Westen durchglüht.

„Gegen die Ungerechtigkeit der Welt können wir ebenso wenig an, wie gegen ihre Lilgen“, mit diesen Worten schließt Wegener das letzte Kapitel seines Buches; „wir wollen uns aber wenigstens selbst dessen bewusst sein, was deutsche Begeisterungskraft zustande bringt. Wir sind es den Mäthern hier draußen schuldig, daß wir wenigstens wissen, was sie tun!“ Keiner größeren und schöneren Aufgabe kann auch dieses Buch Wegeners dienen — den beispiellosen Leistungen des deutschen Heeres gerecht zu werden ist sein „Kriegsjahr“, und dies Ziel werden die zahlreichen Freunde und Bemühender, die der erste Band dieses Werks bereits gefunden hat, freudig zu erreichen helfen.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 6. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Zur Agitation!

Für jeden strebsamen Gewerkschafter
sind folgende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstag gehaltenen Vorträge, für die Verbreitung unentbehrlich:
Tätigkeitsbericht für die Jahre 1913—1915,
erhalten vom Verbandssekretär Leonor Lemm.
Die Frauenarbeit in und nach dem Kriege.
a. In der Zukunft. Von Gustav Hartmann.
b. In der Heimarbeit. Von Dr. Käthe Gaebel.
Was muß geschehen?
Hinse für die Agitation. Von Alfred Gieseler, Lausitzberg.
Diese zeitgemäßen, für die Agitation außerordentlich wertvollen Schriften sind zum Preise von 10 Pfg. für das Stück vom Verbandsbureau zu beziehen.

Erfinderrecht

Hanbuch, 290 Seiten, in Leinen gebd. 4.— Mark.
Es enthält die Patent-, Muster- und Warenzeichen-Gesetze, bezügliche Erläuterungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.
Prospekt kostenfrei.
Friedrich Ruff's Verlag, Charlottenburg 4,
Kaiser Friedrich-Strasse 52.

Einheitliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsabzeichen kostet das Stück 50 Pfg., Manschettenknöpfe das Paar 1 Mk., und werden dieselben — nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zielke — sofort den Vereinen zugestellt.

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsvereinsbescheinigung, beim Kaiserer Wilh. Platz 2. Holzhäuser 2.

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung der durchreisenden Gewerkschaften wird ausbezahlt bei 5 Pfg. pro Tag. Siderstraße 62.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaften erhalten 75 Pfg. Ortsbescheinigung beim Kollegen Engländer, Preußische Straße 38.

Hilfsmittel Ortsverband. Durchreisende Kollegen erhalten an Verbandsbescheinigung von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs. Die Bescheinigung ist am Ortsverband, beim Verbandskassierer O. Cypendorf, Hallesche Straße 7.

Polen (Ortsverband). Durchreisende Ortsvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Bescheinigung, sie erhalten in derselben Weise von den Ortsvereinskassierern und bei Verbandskassierer, Wallstraße 21.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verbandsbescheinigung in Höhe von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keine Ortsvereine haben, erhalten die Karte des Ortsverbandes beim Verbandskassierer J. Michail, Freiburgerstraße 11-13.

Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten M. 1.— Reiseunterstützung auf dem Arbeitersekretariat Nachen, Jülicher Str. 77.

Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsvereinskassierer Hermann Gansel, Neumarkt 28.

Duisburg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbescheinigung von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Halle (Ortsverband). Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Benz, Stelzenrücken Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Haus in Böhmen. Durchreisende Gewerkschaften erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Verbandsverbandes durch den Ortsvereinskassierer J. G. Gieseler, Elisabethstraße 8.

Seltene. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mk. bei M. Bauer, Josefstr. 30.

Halle a. S. Der Arbeitsnachweis für den Ortsverband befindet sich bei unserem Kassierer Wilh. Jäncke, Schützenstraße 17.